

Vortrag Tagung „Demokratie und Rechtsstaat“

4.-5.10.2024, Evangelische Akademie Tutzing

Input zum Panel „Der abgehängte Osten und der unabhängige Westen – Zur Lage jenseits aller Klischees“, 5.10.2024

Christina Morina

Ich möchte den Begriff der „Lage“ aufgreifen, der im Untertitel unseres Podiums steht. Er findet häufig Gebrauch, wenn es um Ostdeutschland und vermeintlich ostdeutsche Themen geht, aber zunehmend auch, wenn von der Demokratie insgesamt die Rede ist. Dem Begriff der „Lage“ haftet neben aller Sachlichkeit etwas grundsätzlich Problematisches an, eigentlich ist damit – gerade im innerdeutschen Diskurs – irgendwie immer auch eine Notlage gemeint. Das ist angesichts der aktuellen Entwicklungen durchaus angemessen, zugleich ist es hilfreich – und so ist unser Gespräch ja auch angelegt – diese „Lage“ in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Für mich als Historikern heißt das, sie einerseits in ihrem Gewordensein zu betrachten und sie andererseits – vor dem *Hintergrund* geschichtlicher Erfahrungen – auf ihre Besonderheit und Kontingenz hin zu befragen.

Wenn wir über die gegenwärtige Lage sprechen, sollten wir also über Entwicklungen sprechen – soziale, wirtschaftliche und politisch-kulturelle Entwicklungen. Auf letztere möchte ich mich in meinem Input konzentrieren.

Die Deutschen und ihr Verhältnis zur Demokratie ist ein Thema, das das Land seit einigen Jahren so intensiv umtreibt wie niemals zuvor. Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus auch hierzulande hat sich der Ost-West-Diskurs statt sich zu verflüchtigen auf eine Weise intensiviert und zugespitzt, die so kaum absehbar war. Zugleich ist das aber auch nur folgerichtig, denn die Bedrohungen für die demokratische Ordnung und Kultur, die von der in Teilen rechtsextremen und in

Ostdeutschland besonders starken AfD ausgehen, sind real – nicht zuletzt die Konflikte rund um die konstituierende Sitzung des Thüringer Landestages haben das nachdrücklich vor Augen geführt. Die Frage, wie die deutsche Gesellschaft insgesamt mit dieser Entwicklung umgeht, wie die liberale Demokratie erhalten und gestärkt werden kann, treibt Viele um. Das hat sich Anfang des Jahres in den deutschlandweiten und gerade in Ostdeutschland mutigen Demonstrationen gezeigt; und das zeigt sich in der Tatsache, dass die AfD trotz ihrer Wahlerfolge bislang keine Regierungsbeteiligung erreichen kann – dass also genug Wählerinnen und Wähler *nicht* für die Rechten und Rechtsextremen stimmen und die anderen Parteien jede Regierungskooperation ausschließen. Bislang.

Ich glaube, dass es zum Verständnis dieser Lage und beim Nachdenken über die Frage, wie damit umzugehen ist, wichtig ist, sich intensiver mit der politisch-kulturellen Geschichte Ostdeutschlands zu beschäftigen. Beide Entwicklungen – der Aufstieg des Rechtspopulismus und die Mobilisierung der demokratischen Gegenkräfte in der Mitte der Gesellschaft – sind das Ergebnis einer deutsch-deutschen, also im doppelten Sinne geteilten Geschichte der Demokratie, die nicht erst 1990 begann, sondern bis 1949 – und in längerer Sicht – bis tief ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Man kann diese Entwicklungen besser verstehen, wenn man diese geteilte Demokratiegeschichte der „longue durée“ stärker berücksichtigt – ja sie überhaupt als solche begreift.

Mit meinem Buch *Tausend Aufbrüche*, das den Demokratie- und Bürgerselbstverständnissen in Ost und West seit den 1980er Jahren nachgeht, möchte ich dazu einen Beitrag leisten. Lassen Sie mich im Folgenden die Prämissen und Ergebnisse meiner Studie kurz skizzieren.

Wir sind es gewohnt, die deutsche Nachkriegsgeschichte vor allem als Kontrastgeschichte zu sehen: Hier die westdeutsche Demokratiegeschichte, dort die ostdeutsche Diktaturgeschichte. Hier die gewachsene Zivilgesellschaft, dort die apathische Nischengesellschaft. Hier gelungene Emanzipation, dort weitreichende Stagnation. Dabei trugen nach dem Ende des Nationalsozialismus 1945 *beide* Teilstaaten die Republik im Namen, beriefen sich beide auf die Demokratie – hier

die parlamentarische, dort die sozialistische Demokratie. Und beide Nachkriegsordnungen versprachen der Bevölkerung staatsbürgerliche Teilhabe und Mitwirkung.

Wahrhaft demokratische Prinzipien – politische Gleichheit, freie und geheime Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung – gab es freilich nur in der Bundesrepublik. Die DDR war eine Diktatur. Einerseits wurden dort Menschen- und Bürgerrechte tagtäglich mit Füßen getreten; andererseits wurde in diesem Staat die ständige Übereinstimmung zwischen dem vermeintlichen „Volkswillen“ und der führenden „Einheitspartei“ so penetrant eingefordert wie postuliert.

Doch das Diktaturparadigma sollte nicht den Blick darauf verstellen, dass die DDR (wie andere kommunistische Regime auch) für sich beanspruchte, ebenfalls die Demokratie zu verwirklichen. Und zwar nicht die „Klassenstaatsdemokratie“ der bürgerlich-kapitalistischen Sorte, in der die ungleichen Eigentumsverhältnisse unter dem Deckmantel der liberalen Demokratie die ungleichen Herrschaftsverhältnisse nur betonierte, wie die Kommunisten glaubten. Vielmehr behauptete die SED, im Osten Deutschlands die „wahre“, die sozialistische, die „Volksdemokratie“ zu verwirklichen. In Wirklichkeit war Demokratie in der DDR eine Frage von nomineller Teilnahme, nicht von substanzieller Teilhabe.

Es kann also mit Blick auf diesen Staat von einer Demokratiegeschichte im engeren Sinne keineswegs die Rede sein, und dennoch halte ich es für essenziell, sie als Demokratieanspruchsgeschichte zu verstehen und zu beschreiben. Der strategische, propagandistische, simulative Bezug auf die Demokratie spielte in der DDR eine zentrale Rolle; über 90 Mal standen die Worte Demokratie oder demokratisch in der Verfassung dieses Staates. Die Beschreibung der DDR kann sich folglich nicht in ihrer Beschreibung als Diktatur erschöpfen. Vielmehr ist mit diesem Staat auch ein zwar unerfülltes, aber dennoch real wirksames Demokratieversprechen untergegangen.

In längerer demokratiegeschichtlicher Perspektive rücken damit beide deutsche Nachkriegsstaaten als „parallel-verflochtene“ (Christoph Kleßmann) Ordnungsentwürfe nach dem Nationalsozialismus in den Blick. Beide Staaten brachten zwei spezifische Demokratie- beziehungsweise Demokratieanspruchstraditionen

hervor, die 1989/90 folgenreich konvergierten, ohne ineinander aufzugehen; sie prägen die politische Kultur Deutschlands bis heute.

Diesen beiden Traditionen vor 1989 und ihrem Zusammengehen nach der Zäsur gehe ich in meinem Buch anhand tausender Bürgerbriefe, Petitionen, Konzeptpapieren und Flugblättern nach. Bei den Bürgerbriefen handelt es sich um Post an die Bundespräsidenten Karl Carstens und Richard von Weizsäcker, und auf DDR-Seite um vielfältige Schreiben an die Partei- und Staatsführung sowie Medien, die der Stasi übergeben oder von ihr eingesammelt wurden. Diese Quellen geben Aufschluss über die „subjektive Dimension“ der gesellschaftlichen Grundlagen eines politischen Systems“, wie es in der politikwissenschaftlichen Forschung heißt; sie enthalten die „alltagspolitische Sprache“ einer Gesellschaft. Sie berichten darüber, wie Menschen als Individuen und in Gruppen über die politische Ordnung, in der sie leben, denken, welches Verständnis sie von politischen Grundbegriffen wie Staat, Demokratie oder Volk haben, und wie sie sich dazu verhalten. Rein quantitative Erhebungen wie Wahl- und Meinungsumfragen reichen für ein Verständnis von politischer Ordnung und Kultur bei Weitem nicht aus – erst recht nicht, wenn man deren Persistenz und Wandel erklären will.

Die Auswertung dieser sehr umfangreichen Quellenbestände zeigt, dass Demokratie im Westen als staatliche Ordnung und alltägliche Praxis verhandelt wurde. Im Osten hingegen war sie staatliches Postulat und alltägliche Utopie. Entsprechend blickten Bürgerinnen und Bürger auf „ihren“ jeweiligen Staat und das mit ihm verbundene (vermeintlich) demokratische Gemeinwesen: als gestaltungsbedürftige, aber auch gestaltungsoffene Daueraufgabe im Westen, und als schicksalhafte, zwischen Verheißung und Verzweiflung changierende Herausforderung im Osten.

Die Ostdeutschen haben also nicht erst im Herbst 1989 begonnen, sich mit der Idee der Demokratie zu beschäftigen. Vielmehr haben sie sich über Jahrzehnte hinweg – teils affirmativ-emphatisch, teils kritisch-ablehnend – am zweifelhaften Mitwirkungsversprechen der SED und ihrer „Volksdemokratie“ intensiv abgearbeitet.

Die *tausend Aufbrüche* der Revolutionsmonate waren stark von dieser vielschichtigen schein-demokratischen Vorgeschichte geprägt, und tausende bislang wenig erforschter Briefe, Petitionen und Konzeptpapiere aus der Zeit rund um den Mauerfall, die ich für das Buch ausgewertet habe, belegen das eindrücklich. Entscheidend in Bezug auf die Demokratiebewegung vom Herbst 1989 ist dabei, dass nicht primär die repräsentativ-parlamentarische Demokratie verhandelt wurde, sondern die Idee der direkten oder Basisdemokratie. In diesen Dokumenten formulierten die Absender aus allen Ecken der DDR die gesellschaftliche Antwort auf das hohle SED-Volksvertretungsversprechen – endlich sollte „wirklich“ das Volk herrschen, und dies war nur mit „echter“, „unmittelbarer“ Bürgerbeteiligung denkbar; gegen oder zumindest fernab der einen Partei und der ihr hörigen staatlichen Institutionen. Diese Dokumente zeigen darüber hinaus aber auch, wie stark dieses Geschehen ein *deutsch-deutsches* Geschehen war, was in der öffentlichen Wahrnehmung der Friedlichen Revolution heute kaum mehr eine Rolle spielt.

Ich möchte dazu kurz zwei Beispiele zitieren: Das erste stammt von einer westdeutschen Frau, Jahrgang 1955, arbeitslose Lehrerin und Mitglied der SPD. Sie schrieb Ende Oktober 1989 einen Brief an Bärbel Bohley: Zitat: „Seit Wochen verfolgen wir ‚Linken‘ mit großem Interesse und sehr großer Spannung die Entwicklungen in der DDR [...]. Irgendwie ist es ein komisches Gefühl: Man steht irgendwie tatenlos und hilflos da und schaut mit teils bangem, teils hoffnungsvollem Blick über die Mauer und möchte euch da drüben, die ihr nicht davonlauft, sondern tapfer standzuhalten versucht und so beharrlich auf friedlichem Wege auf Veränderungen drängt, irgendwie die Hand reichen und euch zurufen: ‚Nicht aufgeben, weitermachen, Ihr seid im Recht!!!‘ Und ich bin auch überzeugt davon, daß der goldene Westen durchaus nicht in jeder Hinsicht der ‚bessere‘ der beiden deutschen Staaten ist [...].“

Das zweite Beispiel stammt von einem Rostocker Kinderarzt, der sich nahezu zeitgleich Gedanken darüber machte, wie in Zukunft eine wirksame Kontrolle der Volksvertretungen aussehen könnte, um Machtmissbrauch und Korruption zu verhindern, wie sie in der DDR allgegenwärtig waren. Dafür erarbeitete er ein Papier mit dem Titel „Konstituierung eines Organs zur Volkskontrolle“, das er als Gesetzesvorlage an eine einst frei gewählte Volkskammer senden wollte. Von der

lokalen bis zur nationalen Ebene sollten Gremien eingerichtet werden, die als ZITAT „unabhängige, frei gewählte Gremien des Volkes [...] zur Kontrolle aller Dienststellen, Betriebe, Institutionen, Kliniken, parteilichen und gesellschaftlichen Formationen einschließlich privatwirtschaftlicher Produktions- und Handelsformen“ dienen würden. In ihnen sollten Menschen aus allen Stadt- und Landkreisen sowie „allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen“ und unabhängig von der Mitgliedschaft in Parteien oder Organisationen, vertreten sein.

Dass solcherlei Vorstellungen so eigensinnig sind wie unvereinbar mit der Idee der parlamentarisch-liberalen Demokratie, liegt auf der Hand.

Die in den Revolutionsmonaten vieldiskutierten direktdemokratischen Vorstellungen fußten sehr oft auf der Annahme, dass es in einer „wahren“ Demokratie zwischen Regierung und Bevölkerung einen „ständigen Konsens mit getroffenen Entscheidungen“ geben müsse, wie es beispielsweise in einer Volkskammer-Eingabe einer Leipziger Bürgerinitiative vom Mai 1990 hieß. Dazu kommt ein ausgeprägtes Konsens- oder auch Harmoniebedürfnis. „Gute“ Politik und „gute“ Demokratie bedeutet in dieser spezifisch ostdeutsch geprägten Variante Einigkeit, ja Eintracht, Interessenkongruenz – einerseits zwischen den Bürgern untereinander und andererseits zwischen „dem Volk“ und „den Regierenden“. Dies ist sicher ein Erbe der SED-„Konsensdiktatur“ – einer „identitären“ Herrschaftsform, so Martin Sabrows Formulierung, die den „Konsens von Herrschenden und Beherrschten immerfort von oben proklamierte und von unten akklamieren ließ.“

Diese Demokratiebewegung wirkte weit über 1989/90 hinaus, und zwar auf zweierlei Weise. Einerseits prägte sie die politische Kultur des vereinigten Deutschlands *konstruktiv*: Sehr viele damals Politisierte und „Bürgerbewegte“ wandten sich dauerhaft der Politik zu, nahmen sie als Lebensaufgabe an. Die Statistiken zur ostdeutschen Elitenrepräsentation untermauern das eindrücklich: nur und gerade im „staatspolitischen Sektor“ waren Ostdeutsche seither leicht überrepräsentiert. In den diesbezüglichen Debatten spielt dieser Umstand allerdings bislang kaum einer Rolle, dabei erklärt nicht zuletzt auch, warum die zeitweilige Doppelspitze in der Führung des Landes unter Angela Merkel und Joachim Gauck

keineswegs als Ausnahme von der Regel abgetan werden kann. Vielmehr ist sie Ausdruck einer insgesamt gelungenen Ankunft der Ostdeutschen in der bundesrepublikanischen Demokratie.

Andererseits wirkt der demokratische Umbruch aber auch destabilisierend im politischen System der erweiterten Republik fort. Mit dem Aufstieg von Pegida und AfD als vermeintlich bürgerlicher „Sammlungsbewegung“ und „Alternative“ zum bisherigen bundesrepublikanischen Parteiensystem griffen die Rechtspopulisten (mehr oder weniger kalkuliert) die direkt- und straßendemokratischen Impulse der 1989er Revolution auf. Slogans von der Wiederherstellung der „wahren“ Volkssouveränität, von der „Vollendung der Wende“ und einer Politik „von unten nach oben“ schlagen genau in diese Kerbe. Natürlich steht die repräsentative Demokratie auch im Westen Deutschlands und weiter darüber hinaus unter Druck; rechts- und linkspopulistische Parteien haben vielerorts Konjunktur. Doch aus den genannten Gründen stoßen populistische Forderungen in Ostdeutschland auf besonders große Resonanz.

Zwischen diesen beiden Polen – den konstruktiven und den destruktiven Impulsen der 1989er Revolution – liegt nun nicht so sehr die schweigende, sondern gewissermaßen die „gebrannte“ Mitte der ostdeutschen Gesellschaft, die auf die doppelte Diktaturmobilisierungserfahrung des 20. Jahrhunderts lange vor allem mit hartnäckiger staatsbürgerlicher Zurückhaltung reagiert hat – geringere Wahlbeteiligung, geringere Parteienmitgliedschaft und -bindung, weniger gewerkschaftliche und vereinspolitische Organisation und so weiter. Diese Mitte hat aber in ihrer übergroßen Mehrheit die Übernahme der Grundgesetz-Ordnung und die Deutsche Einheit nie in Frage gestellt. Sie schätzt laut Umfragen die Demokratie als Staatsform ebenso sehr wie der westdeutsch sozialisierte Teil des Landes – eine Staatsform, die sich die Ostdeutschen nach 1990 nicht etwa geraht von einem „Wirtschaftswunder“ aneignen konnten, wie die Bundesbürger nach 1949, sondern parallel zu den Überlebenskämpfen der Transformationszeit erlernen mussten.

Die gegenwärtige sogenannte Lage hat also eine Vielzahl besonderer historischer Gründe. Die Demokratie hat in Ostdeutschland ihre eigene Geschichte; die

Vorstellungen darüber, was eine angemessene Repräsentation – oder „Volksvertretung“ – und wirksame politische Teilhabe ausmacht, und welche Rolle dabei Parteien und Parlamente spielen, sind teils sehr anders verfasst als in Westdeutschland, nicht bei einer Mehrheit, aber doch bei einer signifikanten Minderheit. Zugleich halte ich diese Vorstellungen aber auch nicht für so verfestigt, dass sie unumstößlich wären.

Überhaupt ist Demokratie ja kein Zustand, sondern ein Prozess. Sie lebt vom Einsatz für eine „bessere Ordnung“, wie es jene Dame im Herbst 1989 über die Mauer hinweg in ihrem Brief an Bärbel Bohley formuliert. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland gilt es in diesem Sinne fortzuschreiben: als Ringen um das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit. An reichhaltigen Erfahrungen mangelt es jedenfalls nicht.